

08.04.2008 - Zwangsarbeit im Auftrag der katholischen Kirche

08.04.2008, WELT
Vergangenheitsbewältigung

Zwangsarbeit im Auftrag der katholischen Kirche
Waren Zwangsarbeiter während des Krieges flächendeckend für die Kirche im Einsatz?

Acht Jahre haben Historiker geforscht, um eines der dunkelsten Kapitel der katholischen Kirche aufzuhellen.

Ihr Ergebnis ist laut Kardinal Lehmann eine "historische Last" und eine Herausforderung für die Kirche.

Ein die katholische Kirche in Deutschland belastendes Kapitel Zeitgeschichte ist - zumindest wissenschaftlich - abgeschlossen. Von der Bischofskonferenz eingesetzte Historiker fanden in fast achtjähriger Arbeit heraus, dass zwischen 1939 und 1945 „nachweislich“ 4829 Zivilarbeiter und 1075 Kriegsgefangene in 776 katholischen Einrichtungen - Krankenhäuser, Heime, Klosterhöfe und Pfarrbetrieben - eingesetzt waren, die meisten davon in der Haus-, Land- und Forstwirtschaft.

Gemessen an der Zahl von 13 Millionen Zwangsarbeitern, vornehmlich aus Osteuropa, ist das ein Wert, der „nicht einmal die Promillegrenze erreicht“, wie Kardinal Karl Lehmann und Karl-Joseph Hummel von der Bonner „Kommission für Zeitgeschichte“ in Mainz bei der Vorstellung einer 700 Seiten starken Dokumentation erklärten.

Von einem „flächendeckenden“ Einsatz in Einrichtungen der Kirche könne entgegen den Vermutungen, wie sie im Jahr 2000 in einem Beitrag des Fernsehmagazins „Monitor“ laut geworden waren, nicht die Rede sein.

„Historisch haltlos“ seien solche Annahmen. Dennoch bleibt die recherchierte „kleine Zahl“ nach den Worten von Lehmann „eine historische Last, die unsere Kirche auch für die Zukunft herausfordert“. Von den 4829 Zivilarbeitern konnten 1417 identifiziert werden.

Bis 31. Dezember 2004 wurden 587 Personen mit insgesamt 1,5 Millionen Euro entschädigt. Auf jeden von ihnen entfielen 2556 Euro. Aus einem „Versöhnungsfonds“ wurden zudem 206 Projekte mit 2,71 Millionen Euro gefördert.

Den wissenschaftlichen Nachforschungen nach Art und Umfang der Beschäftigung von ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen in katholischen Einrichtungen während des Zweiten Weltkrieges war eine durch die Medienberichte ausgelöste heftige Debatte vorausgegangen.

Auf die damaligen Irritationen ging Kardinal Lehmann indirekt ein: „Es soll nicht verschwiegen werden, dass auch die Erinnerung der katholischen Kirche allzulange blind war für das Schicksal und die Leiden der aus ganz Europa zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppten Männer, Frauen, Jugendlichen und Kinder.“

Anders als die evangelische Kirche hatte sich die katholische Deutsche Bischofskonferenz (DBK) vor acht Jahren entschlossen, keine Gelder in den staatlichen Fonds der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ einzuzahlen.

Sie argumentierte, das entsprechende Errichtungsgesetz beschränke die Leistungen der Stiftung auf Menschen, die als Häftlinge im KZ oder anderen Lagern zu einem Arbeitseinsatz in gewerblichen Unternehmen oder im öffentlichen Bereich gezwungen worden seien, Fremdarbeiter in kirchlichen Einrichtungen kämen allenfalls in Ausnahmefällen zu ihrem Recht.

Die DBK beschloss deshalb am 28. August 2000, einen eigenen kirchlichen Entschädigungsfonds und einen Versöhnungsfonds einzurichten sowie über die Caritas und ihre Partnerorganisationen im Ausland nach noch lebenden Opfern der Hitler-Diktatur zu suchen, um diesen direkt und möglichst unbürokratisch zu helfen.

Die jetzt vorgelegte Dokumentation nennt Kardinal Lehmann, der ehemalige Vorsitzende der Bischofskonferenz, die „aufwändigste Recherche, die in den letzten Jahrzehnten in der gesamten Katholizismusforschung“ vorgenommen wurde.

Allerdings will er sie keinesfalls als „Schlussbilanz“ gedeutet sehen: „Sie ist vielmehr ein weiterer wichtiger Baustein auf dem Weg zukunftsgerichteter Versöhnungsarbeit der Christen in Deutschland und Europa.“

Auch die Autoren des Bandes ließen keinen Zweifel daran, dass nach den Forschungsergebnissen eine „selbstentlastende Zufriedenheit“ der Kirche „nicht angebracht ist“.

Die im Fonds verbliebenen Geldmittel von 1,1 Millionen Euro sollen den Grundstock abgeben für die im September 2007 eingerichtete Maximilian-Kolbe-Stiftung für Erinnerungsarbeit, eine gemeinsame Initiative der deutschen und polnischen katholischen Kirche.

Auf ein bemerkenswertes Detail seiner Recherchen wies Direktor Hummel von der Kommission für Zeitgeschichte in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur hin.

Der prominenteste Zwangsarbeiter konnte nicht entschädigt werden: Karol Wojtila, der spätere Papst Johannes Paul II. Er arbeitete im besetzten Polen nicht in einer katholischen Einrichtung, sondern im Steinbruch eines belgischen Chemiekonzerns.